

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

20.9.1923 (No. 218)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Telegraphische  
Anstalt  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. Amend,  
Karlsruhe.

**Bezugspreis:** In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für 17.—22. September 2 400 000 M. — Einzelnnummer 400 000 M. — Anzeigengebühr: 50 Grundmark für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Geschäftsbriefe heute 12 000. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gut und verwertet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Kautionsanzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Absatz fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung versätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellungen der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

### Amtlicher Teil.

#### Geldwertungszuschläge zu den Vorauszahlungen auf die Grund- und Gewerbesteuer für 1923

Nach einer Bekanntmachung des Finanzministers im Gesetz- und Verordnungsblatt ist zur Angleichung an die Geldwertungs- und Vorauszahlung auf die Grund- und Gewerbesteuer für 1923 weiter erhöht worden. Auf 30. September 1923 ist das Fünftausendfache der gesamten für das Rechnungsjahr 1923 festgesetzten Steuer als Vorauszahlung für 1923 und zwar auf einmal zu entrichten. Hat also z. B. für 1923 die Hauptsteuer und der Zuschlag 1.500 + 14.550 = 16.050 M. betragen, so berechnet sich hiernach die auf 30. September 1923 zu leistende Vorauszahlung auf das 5000fache dieses Betrages = auf 80 250 000 M. Die Vorauszahlungen, die nach den bisherigen Bestimmungen je auf den 1. der Monate Oktober 1923 bis einschließlich März 1924 zu leisten gewesen wären, fallen weg; wer für diese Monate bereits freiwillig Vorauszahlung hat, darf diese Beträge auf die neue erhöhte Vorauszahlung aufrechnen. Die Höhe der Vorauszahlungen für die folgenden Monate wird später bekannt gegeben werden. Die Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt gilt als allgemeine Aufforderung; ein besonderer Forderungszettel wird nicht ausgestellt. Die Zahlung hat unter genauer Bezeichnung der Art der Zahlung zu erfolgen. Wer die hiernach vorgeschriebene Vorauszahlung nicht rechtzeitig leistet, muß, wenn es sich um einen Betrag von 5000 M. und weniger handelt, vom 30. September 1923 an Zinsen zu 6 p. C., und wenn es sich um einen Betrag von mehr als 5000 M. handelt, für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden anfangsgehenden Kalendermonat, also vom 1. Oktober 1923 an 20 p. C. der Vorauszahlung als Verzugszuschlag entrichten.

#### Sozial- und Kleinrentnerfürsorge

Die Reichsrichtsahl, die der Berechnung von Unterstützungen für Sozial- und Kleinrentner auf Grund der Verordnung vom 14. August 1923 (R.G.B. I S. 794) zugrunde zu legen ist, beträgt nach dem Stand vom 10. September 1923 = 5 051 046.

### \* Deutschland und die Pariser Besprechungen

Da Mohamed nicht zum Berge kam, ist der Berg nun zu Mohamed gekommen. Da Poincaré es strikte ablehnte, sich mit seiner Politik der englischen Auffassung anzupassen, hat sich die englische Politik der französischen angepaßt, und Baldwin, der Premierminister des einst allmächtigen England, hat dem Ministerpräsidenten des heute allgewaltigen Frankreichs in Paris einen höflichen Besuch abgestattet, damit England bei der Regelung der deutschen Reparationsfrage wenigstens nicht ganz ausgeschaltet wird.

Natürlich ist es den französischen Staatsmännern viel lieber, wenn sie mit der Zustimmung Englands ihre bisherige Politik fortsetzen können. Wenn auch die Gegnerschaft Englands diese Politik in ihren Grundlinien nicht im mindesten erschüttert hat, so war sie doch immerhin unangenehm und schon wegen der moralischen Wirkung nach außen hin eine fatale Beigabe des Geschicks. Die weltpolitische Situation wird für Frankreich noch wesentlich besser, wenn es darauf hinweisen kann, daß ja nun auch England die Richtigkeit der französischen Politik im wesentlichen eingesehen habe.

Und so verkündeten bereits gestern Abend die Pariser und Londoner Blätter im amtlichen Auftrage, daß zwischen Poincaré und Baldwin eine vollkommene Übereinstimmung in allen Fragen erzielt worden sei, und daß die „Entente cordiale“ wieder auf ganz festen Füßen stehe. Die Pariser Presse aber kommentiert die Unterwerfung Englands mit einer Menge verbindlicher Phrasen und versucht nachträglich den Anschein zu erwecken, als ob Frankreich im tiefsten Herzen über die Differenzen mit England betrübt gewesen sei und nichts Sehnsüchtigeres wünsche, als die Wiederanbahnung einer harmonischen Ehe. Und so ganz unecht sind ja diese Gefühle auch nicht. Denn in der Tat schwärmt Frankreich für diese Harmonie, für diese „Entente cordiale“, weil es selbst dabei die Rolle des Ehemanns, des Herrschenden übernommen hat.

Wie haben wir diese Vorgänge zu betrachten? Das Eigentümliche an der ganzen Lage der Dinge ist, daß sie unter Umständen günstige Folgeerscheinungen für uns zeitigen können. Denn, wenn sich England auch der französischen Ruhrpolitik anbeugt hat und nunmehr

wohl von einer Opposition dagegen Abstand nehmen wird, hat es sicherlich umso nachdrücklicher auf gewisse Notwendigkeiten hingewiesen, die nun einmal die wirtschaftliche Vernunft gebietet. Und in wirtschaftspolitischen Hinsicht sind letzten Endes alle beteiligten Staaten, also Frankreich, Belgien, England, Italien und Deutschland, daran interessiert, daß diese Vernunft wieder zu ihrem Rechte kommt. Wir aber sind daran, daß dies geschieht, naturgemäß am allermeisten interessiert.

Es fragt sich nur, wie weit die Ziele des französischen Imperialismus gesteckt sind, wieviel Frankreich politisch verlangt, um wirtschaftlich der Vernunft Konzessionen zu machen. Denn, bei Tageslicht besehen, ist ja die ganze Reparationsfrage für Frankreich nie Selbstzweck seiner Politik gewesen, sondern nur diplomatische Waffe, um mit dieser Waffe in der Hand politische Ziele zu verwirklichen. Und diese Ziele werden der französischen Politik diktiert vor allem durch das Gefühl der Angst. Die französischen Staatsmänner sind sicherlich klug genug, um zu bemerken, daß zurzeit die Machtstellung ihres Landes hervorragend gut ist, sie sind aber auch sicherlich klug genug, um sich zu sagen, daß diese Machtstellung durch ein wiedererstarktes Deutschland einst wieder bedroht werden könnte. Und deshalb betreiben sie eine Politik, die Deutschland darniederhält und Frankreich politisch, militärisch und möglichst auch wirtschaftlich eine Überlegenheit sichert, gegen die niemand in absehbarer Zeit aufkommen kann.

Um dieses Programm durchzuführen zu können, hat Frankreich seit den Tagen von Versailles ganz konsequent die Reparationsfrage als Spielball benützt. Und es ist nicht zu leugnen, daß Frankreich von uns eine ganze Reihe von Vorwänden geliefert bekam, um diesen Spielball auch mit Erfolg verwenden zu können. Und doch hätte unser ganzes Streben darauf gerichtet sein müssen, Frankreich diese Vorwände zu nehmen, es in der Reparationsfrage soweit zu befriedigen, daß es diese Frage nicht so ohne weiteres als Spielball oder als Paravent für seine imperialistische Politik verwerten konnte. Das heißt auf gut deutsch: wir hätten eben zahlen und unseren Lieferungsverpflichtungen nachkommen müssen. Wegen der bekannten paar Telegraphenstangen und der bekannten paar tausend Tonnen Kohle hätte Frankreich jedenfalls nicht das Ruhrgebiet besetzen dürfen!

Vergleichen man die wirtschaftspolitische Situation Deutschlands, wie sie etwa noch im Jahre 1920 gegeben war, mit der Situation von heute, so muß man allerdings sagen, daß sie — wir betonen: vergleichsweise — damals geradezu glänzend gewesen ist. Und wenn wir uns heute in der äußersten Not und unter dem äußersten Zwang zu gewissen, sehr einschneidenden Maßnahmen entschließen, so hätten wir das an sich ja auch schon vor einem Jahre gekonnt und damit sicherlich uns selbst am besten gedient. Die Erfüllungspolitiker Wirths war eben doch die einzige Möglichkeit, um der französischen Politik wenigstens einigermaßen standhalten zu können. Wir wissen, daß diese Erfüllungspolitik gescheitert ist an dem mangelnden Zahlungswillen derjenigen Schichten in Deutschland, die über den großen Besitz verfügen. Heute denken diese Schichten anders über die Erfüllungspolitik. Denn heute bremt auch ihnen das Feuer auf den Nägeln.

Seien wir uns doch endlich einmal klar darüber, daß der passive Widerstand an der Ruhr, so notwendig er vom Standpunkt der nationalen Ehre war, das miserabelste Geschäft gewesen ist, in das sich je ein Volk eingelassen hat! Gewiß war dieser passive Widerstand, nachdem einmal der Karren politisch befahren war, nicht zu vermeiden. Aber daß er ein Verzweiflungsmanöver war, hätte man sich in Berlin eigentlich vom ersten Tage an sagen können. Daß wir den Kampf an der Ruhr nicht auf Jahre hinaus führen konnten, hätte man sich ebenfalls gleich am Anfang der Geschehnisse sagen können. Niemand weiß die Frage zutreffend zu beantworten, ob wir eigentlich in den letzten 8 Monaten von England genasführt worden sind, oder ob die deutsche Politik auf unverbindliche Redensarten hereingefallen ist, die auch nach der Meinung und dem Wunsch dessen, der sie verzapfte, nichts anderes sein sollten, als — Redensarten. Ganz sicher aber ist in Berlin die machtpolitische Si-

tuation in Europa monatelang völlig falsch beurteilt worden. Denn sonst hätten wir anders handeln müssen.

Dem deutschen Volkscharakter entspricht die moralische Betrachtungsweise. Das ist, in vielen Dingen ein Vorzug, in Dingen der Völkerverpolitik aber meistens ein schwerer Nachteil. Es gibt sicherlich auch heute noch viele deutsche Volksgenossen, denen vollkommen das Gefühl und die Überzeugung genügt, daß wir in dem Ruhrkonflikt das Recht auf unserer Seite haben, und die aus diesem Gefühl heraus gar nicht erkennen, daß es in der Politik nicht auf das Recht haben ankommt, sondern auf den faktischen Erfolg. Der Einzelne kann sich, wenn er über einen derartigen Heroismus der Seele verfügt, eine Lebensphilosophie leisten, die sich praktisch darin auswirkt, daß Moral und Recht immer auf seiner Seite sind, die Liebe aber auch immer auf seiner Seite sind. Ein ganzes Volk kann man aber nur schwer zu einer solchen Philosophie bringen. Ein ganzes Volk läßt sich nicht gerne das Fell über die Ohren ziehen, bloß weil es sich einreden kann, es habe „Recht“. In der Politik und im Leben der Völker regieren ganz andere Grundzüge, Grundzüge sehr mächtiger und geschäftlicher Art. Und solange unser Volk diese Grundzüge nicht beachten lernt, wird es auch nie auf die Dauer eine selbständige Politik treiben können.

Wie ist denn die Situation heute? Wir stehen erbarungswürdiger da denn je und haben grotesker Weise unsere einzige Rettung justament nur von dem Volk zu erhoffen, daß wir als unsern Todfeind betrachten. Das ist ein verrückter Zustand! Und dieser Zustand muß so oder so einmal aufhören. Entweder ehrliche Feindschaft ohne Bitten und Hoffen, oder ehliches Arrangement unter Begrabung aller Sachgefühle. Daß bei der ersten Methode, der der offenen und ehrlichen Feindschaft, das deutsche Reich in Trümmer geht, liegt klar auf der Hand. Also bleibt nur die zweite Methode. Aufgabe unserer Politik und unserer öffentlichen Meinung ist es, Frankreich den Beweis zu liefern, daß wir es mit dieser Methode ehrlich meinen. Dies ist das Beste, was wir noch tun können. Niemand weiß, ob es zum Ziele führen wird. Aber unversucht darf das Mittel nicht bleiben, solange wir vaterländisch fühlen und die Existenz des Reiches retten wollen.

Politisch kommt alles darauf an, Frankreich zu einem offenen Bekenntnis dessen zu zwingen, was denn nun eigentlich sein letztes politisches Ziel ist. Heißt dieses Ziel wirklich die Vernichtung des deutschen Volkes, so gibt es kein Debattieren mehr. Will aber Frankreich sich nach Bewilligung der Kautelen, die das Interesse seiner Sicherheit erfordert, mit uns einigen, dann kann kaum ein Opfer für uns groß genug sein, um diese Einigung herbeizuführen.

### Baldwin und Poincaré

#### Englisch-französische Einigung?

Der englische Premierminister Baldwin hat am Mittwoch Poincaré in Paris einen Besuch abgestattet. Nach einem Essen in der englischen Botschaft fand eine 1 1/2 stündige Unterredung der beiden Staatsmänner statt, worauf Baldwin nach Rambouillet zum Besuch des Präsidenten der Republik Millerand fuhr, wo gleichfalls eine Unterredung stattfand.

Ein englischer offizieller Bericht über diese Besprechungen teilt mit, daß ein persönlicher Meinungsaustausch über die allgemeine Lage stattfand. Man könne zwar nicht erwarten, daß in einer einzigen Besprechung endgültige Lösungen gefunden werden könnten, doch hätten die beiden Staatsmänner festgestellt, „daß in keiner einzigen Frage eine verschiedene Auffassung über die Ziele, noch eine grundsätzliche Divergenz besteht, die eine Zusammenarbeit der beiden Länder von der in so weitem Maße die Stabilisierung und der Friede der Welt abhängen, gefährden kann.“ Etwas weiter geht bereits eine französische offizielle Mitteilung des Außenministeriums, die besagt, in der Unterredung sei das Vertrauen zwischen Paris und London und damit die Grundlage der Entente cordiale wieder hergestellt.

Zur Beurteilung der Pariser Aussprache bringt die „Frankf. Ztg.“ aus Berlin einen längeren Artikel, in dem es heißt: „Daß die Begegnung der leitenden Staatsmänner Englands und Frankreichs den Rahmen eines Höflichkeitsbesuches erhe-

lich überstellt, geht schon aus der Anwesenheit Sir William Trent (vom englischen Außenamt) in Paris hervor. Es kann Deutschland in seiner Lage nicht gleichgültig sein, was in Paris zwischen den Vertretern Frankreichs und Englands verhandelt oder vereinbart wird, obwohl es weit davon entfernt ist, irgendwelche Hoffnungen auf eine Erleichterung seiner Lage darauf zu gründen. Zum mindesten seit der Rede Poincarés vom letzten Sonntag ist deutlich erkennbar geworden, daß in Paris statt einer Lockerung eine Verfestigung der Haltung Deutschlands gegenüber eingetreten ist. Auch der letzte Artikel des „Temps“, der die Regierung Stresemann der Unaufrichtigkeit und des Mangels an einem guten Willen beschuldigt, ist ein Zeugnis dafür, daß die französische Regierung aus der Fühlungnahme der vergangenen Wochen keine Konsequenz in der Richtung eines Entgegenkommens zu ziehen gedenkt. Die Forderung auf eine Erleichterung ist also von hier aus gesehen äußerst gering. Auch dann, wenn es in den nächsten Tagen möglich wäre, die französische Politik zu einem gelinderen Einlenken zu bewegen, wäre das, was das deutsche Volk bei der Lösung des Ruhrkonflikts und bei den darauffolgenden Reparationsverhandlungen an moralischen und wirtschaftlichen Opfern auf sich zu nehmen hätte, immer noch in jedem Falle außerordentlich schwer zu tragen. Auch die belgische Regierung verlangt, daß vor jedem Verhandlungsbeginn der passive Widerstand beendet werde, daß Deutschland die Verordnungen zurückziehe, die die eigentliche Verneinung des Erfüllungswillens darstellen. Dieses Opfer wird Deutschland also nicht erspart bleiben, und es ist notwendig, von vornherein fest damit zu rechnen. Die Reichsregierung hat erst in den letzten Tagen Gelegenheit gehabt, im Rhein- und Ruhrgebiet sich über die Stimmung zu informieren und glaubt bestimmt damit rechnen zu können, daß die schmerzliche Bevölkerung des Westens bei den harten Entscheidungen nicht versagen wird, die in den nächsten Tagen auch dann getroffen werden müssen, wenn nicht der schlimmste Fall eintreten sollte.

#### Ein englisch-belgischer Schritt in Paris

Berliner Mäcker berichten, daß die englische und belgische Regierung in Paris eine gemeinsame Demarche unternommen hätten. In der vergangenen Woche seien beim französischen Ministerpräsidenten sowohl der englische als auch der belgische Botschafter erschienen, bei dem sie im Auftrag ihrer Regierung Vorstellungen erhoben hätten bezüglich der Haltung Frankreichs gegenüber der neuen Reichsregierung, vornehmlich in der Ruhrfrage. Es sei Poincaré vorgehalten worden, daß die deutsche Reichsregierung mit dem Reichstag und ferner mit der öffentlichen Meinung im Deutschen Reich rechnen müsse, und daß man hinsichtlich des Ruhrkampfes an die deutsche Regierung keine Forderungen stellen dürfe, die sie selbst bei dem besten Willen nicht erfüllen könnte, ohne mit der öffentlichen Meinung und dem Reichstag in Konflikt zu gelangen. Der französische Ministerpräsident sei geblieben worden, dem Kabinett Stresemann gegenüber eine persönliche, entgegenkommende Haltung einzunehmen und ihm die Beendigung des Ruhrkonflikts in einer für Deutschland tragbaren Form zu ermöglichen.

Die Berliner Mäcker führten das in den beiden letzten Reden Poincarés zum Ausdruck gekommene Mißtrauen gegenüber dem Verständigungsverwilligen Deutschlands auf diesen gemeinsamen englisch-belgischen Schritt zurück, denn Poincaré habe wahrscheinlich vermutet, daß London und Brüssel von Deutschland zu dieser Vorstellung veranlaßt worden seien. In Wahrheit habe aber die deutsche Regierung die englisch-belgische Demarche nicht beantragt, sondern von ihr auch noch mehrere Tage, nachdem sie bereits erfolgt war, nicht einmal Kenntnis gehabt.

Über die angeblichen Ansichten in Belgien berichtet das „Echo de Paris“: Belgien sei zu der Überzeugung gelangt, daß mit Gewaltmaßnahmen allein die Ruhrkrise und die Reparationsfrage nicht gelöst werden könnten. Die deutsche Regierung müsse zuerst die von ihrer Vorgängerin zur Durchführung des passiven Widerstandes erlassenen Verordnungen offiziell widerrufen. Belgien würde dann vorschlagen, daß eine neue Friedenskonferenz stattfinden soll, bei der die technischen belgischen Projekte in der Ruhrfrage eine Verhandlungsgrundlage bilden sollten.

Wie aus Paris angekündigt wird, wird Poincaré am Sonntag die Erklärungen, die er diese Woche in der Reparationsfrage abgegeben hat, in gewissen Punkten vervollständigen.

#### Völkerbund und Reparationsfrage

Wie aus Genf gemeldet wird, erklärte am Mittwoch bei der Debatte des 2. Ausschusses der Völkerbundsversammlung (technische Organisation) über den Bericht des Finanzkomitees (Hanoi (Japan), er habe Grund zu der Annahme, daß in einiger Zeit die Grundlinien für eine Lösung des Reparationsproblems gefunden sein würden. Der Vertreter Hollands Esping und der schwedische Delegierte Boesjien wiesen auf die Bedeutung dieser Erklärung seitens einer so autorisierten Persönlichkeit hin.

Nach einer Meldung des „Zeit Parisien“ aus Genf sei die Initiative vom südafrikanischen Delegierten ausgegangen und durch den Vertreter Japans unterstützt worden. Sie sei erfolgt, um das Terrain vorzubereiten, für die durch das Manifest des Internationalen Gewerkschaftsbundes bereits eingeleitete Offensive. Trotzdem sei es noch keineswegs sicher, ob der Völkerbund sich auf diese „schlechte Ebene“ drängen lassen werde. Insbesondere die englische Delegation zeige in dieser Hinsicht sich weit reservierter als früher. Die französische Delegation habe keinen Zweifel gelassen, daß sie sehr formelle Instruktionen habe und unter keinen Umständen eine öffentliche Diskussion dieser Frage zulassen würde. Der Korrespondent will weiterhin von zuverlässiger Seite erfahren haben, daß die deutsche Regierung sehr darauf bedacht sei, die Möglichkeit einer direkten Verständigung „nicht durch eine ungeschickte Interpellation kompromittieren“ zu lassen und daß sie dies in Genf sehr deutlich zu verstehen gegeben habe. Mit Bestimmtheit sei darauf zu rechnen, daß man auf sie hören werde. Das Gerücht, daß der Schweizer Delegierte Motia fest entschlossen sei, das deutsche Problem wie im vergangenen Jahre wieder anzuschneiden, nehme sehr bestimmte Formen an.

#### Die Stimmung an Ruhr und Rhein

Der Kölner Korrespondent der „Wost. Ztg.“ untersucht die Frage, welche Folgerungen und Zustände sich in den besetzten Gebieten ergeben könnten, wenn die deutsche Regierung den Befehl zum Abbruch des passiven Widerstandes erteilen würde. Der Korrespondent rechnet auf jeden Fall damit, daß dann in der seelischen Orientierung des Rheinlandes tiefe Erschütterungen auftreten müßten. Es sei ja Tatsache, daß die vorbereitenden Erklärungen der Regierung über eine baldige Aufgabe des Ruhrkampfes noch nicht Eingang in die Massen der Bevölkerung gefunden hätten; wenn sich auch die Führer in Parteiverwaltungen und Verbänden damit abgefunden hätten, daß die Liquidierung des Widerstandes aus reichsfinanziellen und sonstigen Gründen wünschenswert ist, so sei diese Erkenntnis doch noch keineswegs bis zu den Unterführern und den Massen vorgebracht. Der Korrespondent verweist auf die Kundgebungen der Bevölkerung, die noch in den letzten Tagen einen ungebrochenen Willen zum Durchhalten erkennen

lassen. Die Regierung dürfe die großen Gefahren nicht unterschätzen, die daraus entstehen könnten, daß die rheinische Bevölkerung sich plötzlich von der Berliner Regierung verlassen glaube, Gefahren, die durch die Propaganda der Kommunisten und Nationalisten noch verstärkt würden. Die Regierung müsse deshalb sich darüber klar sein, daß eine länger dauernde Periode der Ungewißheit und der Gerüchte vermieden werden müßte. Der passive Widerstand müsse, wenn sein Abbruch für zweckmäßig gehalten werde, mit einem Ruck abgebrochen werden. Ferner müsse dann eine systematische Regelung der nach dem Abbruch sich als notwendig ergebenden Neuordnung der Dinge vorgenommen werden, für die, wie der Korrespondent vorschlägt, wie nach dem Abbruch des Krieges ein Demobilisationskommissar einzusetzen sei.

Essen, 18. Sept. Auf der Zeche „Prosper II“ der Rheinischen Stahlwerke in Bottrop berief am Samstag der Kohlenhauer Dahl eine Delegationsversammlung ein, um darüber abstimmen zu lassen, ob die Belegschaft gegebenenfalls für die Ziele der Forderung der Kohlen aufnehmen wolle. Der Belegschaft bemächtigte sich bei den Ausführungen Dohles eine solche Erregung, daß man ihn verprügelte. Die Sicherheitswehr konnte ihn nur mit Mühe vor der erbitterten Arbeiterenschaft schützen.

#### Die Ruhrpolitik Frankreichs

Düsseldorf, 19. Sept. Nach einem von General Denbignes bei dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf eingegangenen Schreiben vom 17. September ist das unterm 14. September erlassene Verbot des Zeichnens der Gelbanleihe im besetzten Gebiet als nicht ergangen anzusehen.

Berlin, 19. Sept. Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, sollen die Franzosen in Bochum 8000 Franken, in Gelsenkirchen 6000 Franken und in Herne 4000 Franken verlangt haben. Dabei handelt es sich nicht um wöchentliche, sondern um tägliche Zahlungen. Auch in anderen Städten haben die Franzosen betragsartige Forderungen gestellt. Sie sind abgelehnt worden.

Köln, 19. Sept. Der Reichsminister des Innern Sollmann nahm am Sonntag an der Einweihung des Kölner Stadions, der größten Sportanlage Europas, teil. Über 100.000 Menschen waren versammelt, die nach einer Rede des Kölner Oberbürgermeisters ein begeistertes Bekenntnis zum Reichstag ablegten. Am Montag hatte der Reichsminister eingehende Besprechungen mit den führenden Persönlichkeiten des besetzten Gebietes. Der große Ernst der Lage wurde von niemand verkannt. Es kam allseits der Wille zum Ausdruck, die Reichsregierung mit allen Kräften zu unterstützen.

Bochum, 18. Sept. Französische Soldaten, die in Schalle einquartiert sind, veranstalteten am 5. d. M. in ihren Unterkunftsräumen ein Trinkgelage. Im Verlauf dieses Trinkgelages wurden wiederholt revolutionäre Lieder gesungen, ohne daß die Offiziere es zunächst wagten, einzuschreiten. Gegen spät abends, als einige Offiziere die Mannschaften zur Ruhe zu bewegen versuchten, stritten sich die Soldaten auf die Offiziere, die teilweise verprügelt wurden und flüchten mußten. Wie es um die Disziplin der französischen Soldaten bestellt ist, zeigt auch nachstehender Vorfall. Am Mittwoch abend gegen 12 Uhr nahm ein französischer Soldat mit umgehängtem Gewehr in Dortmund in der Poststraße eine Raubkontrolle vor und erlöste alle möglichen Leute aus niedrigen Gründen für verhaftet. 12 Personen hätte er schon festgenommen, als eine französische Patrouille, die von Deutschen herbeigeholt wurde, den Soldaten verhaftete und mitnahm.

Essen, 18. Sept. Die Franzosen machen bekannt, daß die Ertüchtigung der Ruhrpolizei von jetzt ab wieder aufgenommen wird. Die Gebühr beträgt 50 Goldmarken, jedoch nur bis zum 15. Oktober; bis zu diesem Datum müssen auch alle anderen bisher erteilten Stempel erneuert werden. Die Gebühr für Geleitfische zur Einreise vom unbesetzten ins besetzte Gebiet beträgt 5 Goldmarken.

## Politische Neuigkeiten

### Die Währungspläne

Am Mittwoch fand im Reichsfinanzministerium zu Berlin eine Besprechung über die neuen Währungspläne der Regierung statt, zu der der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister, Vertreter der Industrie, des Handels, der Banken und der Landwirtschaft eingeladen hatte. Die Grundzüge des Projekts der Regierung wurden eingehend durchgesprochen und von der anwesenden Wirtschaftsdirektoren in der Hauptsache gebilligt. Über Einzelheiten des Projekts werden wohl noch weitere Verhandlungen innerhalb der Regierung und mit den Interessenten der Wirtschaft stattfinden.

Mit den Währungsplänen haben sich im Zusammenhang mit der zur Entscheidung dringenden Entwicklung der politischen Lage auch die Reichstagsfraktionen, soweit ihre Mitglieder in Berlin anwesend sind, in internen Besprechungen beschäftigt. In einigen Fraktionen scheint die Auffassung zu bestehen, daß vor allem die Währungspläne der Regierung ein baldiges Zusammenbrechen des Reichstages erforderlich machen, da man es für notwendig hielt, diese Pläne auf dem Gesetzgebungsweg, nicht auf dem Verordnungswege in die Wirklichkeit umzusetzen. Der „Frankf. Ztg.“ zufolge denkt die Regierung nicht daran, den Reichstag schon in aller nächster Zeit mit dieser Materie zu befaßen, da sie ja zunächst einmal innerhalb der Regierung selbst und in Beratungen mit Sachverständigen erst völlig geklärt werden muß. Aus diesem Grunde würde also die Einberufung des Reichstages zunächst nicht zu erwarten sein. Auch die außenpolitische Lage scheint bei der Regierung zunächst nicht den Wunsch nach der Durchführung einer politischen Debatte im Parlament veranlaßt zu haben. Der Reichstag wird erst Ende dieses Monats, also wohl erst nach den ersten Entscheidungen über die Lösung des Ruhrkonflikts einberufen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigte sich Dienstag nachmittag mit der innen- und außenpolitischen Lage. Es bestand den Blättern zufolge völlige Einmütigkeit darüber, daß von der Reichsregierung alles getan werden müsse, um schnellstmöglich zu Verhandlungen zu kommen mit dem Ziele der Befreiung des Ruhrgebietes und Wiederherstellung vertragsmäßiger Verhältnisse. Im Innern seien alle Maßregeln zu treffen, die geeignet seien, eine Lösung der Währungs- und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu erzielen. Schließlich wurde Sicherstellung der Ernährung verlangt. Der Fraktionsvorstand wurde beauftragt, mit den übrigen Parteien wegen der Einberufung des Reichstages in Verbindung zu treten.

Zu der von der deutschen Regierung beabsichtigten Einführung einer Übergangswährung erklärt der „Temps“, daß keineswegs weder das neue Zahlungsmittel selbst noch die angelegten Hypothesen auf den Privatbesitz, welche die Garantie des neuen Geldes bilden sollen, in den besetzten Gebieten anerkannt würden. Zu dem Projekt selbst schreibt das Blatt, die Garantien seien völlig ungenügend, denn der deutsche Privatbesitz könne ebenso wenig als Stütze einer Währung dienen wie das nationale Eigentum der französischen Revolution es vermocht habe. Es handele sich also tatsächlich wohl um eine neue Steuer, die auf den Besitz umgelegt werden soll.

Die ganze Operation aber laufe darauf hinaus, daß die deutsche Regierung, die mit ihren Finanzierungsmethoden am Ende angelangt sei, verusche, zur Fortsetzung des Widerstandes an der Ruhr eine innere Anleihe in Höhe von 1 Milliarde Goldmarken aufzunehmen.

### Die Reichsindizes

Die Reichsindizes für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen vom Statistischen Reichsamt für den 17. September auf 14244 900; die Steigerung gegenüber der Biffer für die Vorwoche (505 046) beträgt somit 182 Prozent. Sie betrug 1913/14 = 1; 1923: Januar-Durchschnitt 1120, März-Durchschnitt 2854; am 25. April 9061, 16. Mai 8737, 18. Juni 8950, 20. Juni 9272 (83 Proz.), 27. Juni 11785 (+28 Proz.), 4. Juli 16180 (+84,3 Proz.), 11. Juli 21511 (+33 Proz.), 18. Juli 28802 (+34,3 Proz.), 23. Juli 89388 (+36,1 Proz.), 30. Juli 71476 (+81,7 Proz.), 6. Aug. 149581 (+100,2 Proz.), 13. Aug. 486985 (+192,2 Proz.), 20. Aug. 758783 (+72,5 Proz.), 27. Aug. 1183484 (+57,0 Proz.), 3. Sept. 1845261 (+55,9 Proz.), 10. Sept. 5051046 (+178,7 Proz.), 17. Sept. 14244900 (+182 Proz.).

### Die neuen Eisenbahntarife

Mit Wirkung vom 18. d. M. sind die zuletzt am 11. d. M. neu festgesetzten Schließfahrten für die Güter- und die Personentarife abermals erhöht worden. Die in der vorigen Woche gemeldete Festsetzung der Schließfahrten für beide Tarife auf 9 Millionen, was für die Gütertarife eine Verhöhung, für die Personentarife eine Verringerung und damit eine stärkere Wiederannäherung dieser an die in den letzten Jahren mehr und mehr verloren gegangene Friedensrelation bedeutet hätte, hat sich infolge der weiter eingetretenen Entwertung nicht aufrecht erhalten lassen. Zwar ist die Schließfahrt für die Personentarife auf 9 Millionen belassen, dagegen die für die Gütertarife auf 18 Millionen festgesetzt worden unter gleichzeitiger Verhöhung auf der Grundgebühren. Gegenüber den bisherigen Tariffahen bedeutet das eine Vervielfachung, unter Berücksichtigung der verdoppelten Grundgebühren aber eine Verringerung der bisher in Geltung getretenen Gütertarife.

Es ist ferner voraussichtlich mit Wirkung ab 25. d. M. eine abermalige Erhöhung auch der Personentarife beabsichtigt, in welcher Höhe, das ist noch nicht bestimmt.

### Der griechisch-italienische Konflikt

Die Sühnaktion im Piräus, dem Hafen von Athen, soll nun stattfinden. Die italienische Flotte, die an der Demonstration teilnehmen wird, ist von Tarent ausgelaufen. Sie besteht aus den Schlachtschiffen „Gabour“ und „Julius Cäsar“ und aus einer Flotille von Torpedobooten. 18 Kilometer vor dem Hafen von Paleron wird die italienische Flotte mit den griechischen und englischen Kreuzern zusammentreffen. Die griechische Flotte wartet am Paleron. Sie besteht aus dem Schlachtschiff „Averoff“ und aus drei Kreuzern. Die griechischen Schiffe werden auf ihren Hauptmasten die italienische Flagge hissen und das ganze Geschwader mit 21 Schüssen begrüßen. Die italienische Flotte wird sofort nach dieser Zeremonie nach Korfu zurückkehren.

In Übereinstimmung mit dem Beschluß der Botschafterkonferenz hat der griechische Ministerpräsident sich am Dienstag morgen bei der italienischen, französischen und englischen Gesandtschaft offiziell im Namen der griechischen Regierung wegen der Ermordung der italienischen Mission in Janina entschuldigt. Die Leichen der Opfer sind am Dienstag morgen in Prevesa eingeschifft worden. Zwei Infanteriekompanien und ein griechisches Torpedoboot bezeugten die militärischen Ehren.

Die von der Botschafterkonferenz eingesetzte Interalliierte Kontrollkommission zur Überwachung der von der griechischen Regierung eingeleiteten Untersuchung über die Ermordung der italienischen Delegation ist in Janina eingetroffen und hat dort heute ihre Arbeiten aufgenommen.

### Kurze Nachrichten

Erhebung der Einfuhrzölle in Devisen. Der Reichsfinanzminister hat den wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates um die Erstattung eines Gutachtens über die Erhebung der Einfuhrzölle in Devisen ersucht. Der Ausschuß hat sein Gutachten dahin abgegeben, daß Bedenken gegen die Erhebung der Einfuhrzölle in Devisen nicht bestehen. Reichswirtschaftsminister Dr. Gessler hat eine Dienstreise nach Bayern angetreten.

Das Projekt zur Schaffung eines selbstständigen Lohnes wurde mit Vertretern der Gewerkschaften im Reichsfinanzministerium erörtert. Das Projekt fand in seinen Grundlagen allgemeine Zustimmung.

Die erste Millionen-Briefmarke. Infolge der neuen Portierhöhungen sind eine ganze Anzahl von Markenwerten neu hergestellt worden. Außer Überdruckmarken werden u. a. als Neudrucke Marken zu 500 000 und 1 Million Mark hergestellt. Es handelt sich um Ziffernmarken, die in den Ecken kleine Rostlöcher tragen.

Die Reichsbank muß 1277 neue Stellen für Angestellte schaffen, da die Arbeit infolge des enormen Bedarfs an Zahlungsmitteln dauernd steigt.

Die staatliche Münze in Berlin. Die bereits mit der Herstellung von Hartgeld über 100 000, 200 000 und 500 000 Mark beschäftigt war, hat unter dem Eindruck der neuen Geldentwertung ihre Münzpläne aufgegeben und wird am 1. Oktober ihre Tätigkeit ganz einstellen. Den Arbeitern ist gekündigt worden.

Markenmangel und Markenhandel. Der Mangel an Postwertzeichen wird noch dadurch verstärkt, daß die Markenhändler mit allen Mitteln versuchen, die Neuausgabe von Freimariken an sich zu bringen. Um diesem für die übrige Geschäftswelt überaus schädlichen Treiben Einhalt zu tun, sind die Postanstalten angewiesen worden, größere Markenmengen nur gegen Vorzeigung eines Ausweises herauszugeben.

Die Schließfahrt im Buchhandel beträgt ab 20. September 80 Millionen.

Die Schließfahrt für das deutsche Buchdruckgewerbe wurde mit Wirkung ab 19. September auf 1 000 000 festgesetzt.

Die Amerikaner Gewerkschaften internationale hat einen Aufruf an die Völkerbundsversammlung erlassen, durch den die dort vertretenen Staaten aufgefordert werden, sich sofort mit dem Problem der Reparationen zu befassen. In dem Aufruf werden insbesondere Frankreich, Belgien und England aufgefordert, einen Antrag auf Regelung der Reparationsprobleme durch den Völkerbund zu stellen.

Die Tschechen verhindern die Gemeindevahlen im Sudetischer Ländchen. Im Sudetischer Ländchen, dem an die Tschechoslowakei abgetretenen Teil Oberschlesiens, haben am Sonntag Gemeindevahlen stattgefunden. Tschechische Wahlkommissionen konnten schon gegen 10 Uhr vormittags in sehr vielen Orten feststellen, daß die große Mehrzahl der Stimmen für die deutschen Listen abgegeben wurde. Sie ließen darauf die Wahl abbrechen und erklärten sie für ungültig.

Mussolini gegen die deutsche Sprache. Das neue italienische Volksschulgesetz führt die italienische Unterrichtssprache auch in den neuen Provinzen ein, während Deutsch und Slovenisch in wenigen besonderen Wochenstunden gelehrt werden sollen. Das deutsche Realgymnasium in Bogen wird aufgelöst und durch einen deutschen Unterrichts in der italienischen Oberrealschule ersetzt.

Auch die holländischen Faschisten rühren sich. Sie sehen sich hauptsächlich aus mit der Gehaltsberaubung unzufriedenen Staatsbeamten, mit der liberalen Landeskönig unzufriedenen Offizierskreisen und gewissen kirchlichen Gruppen aus dem katholischen wie dem protestantischen Lager zusammen. Sie nennen sich „Aktualisten“ und fordern in Flugblättern und auf Anschlägen Auflösung des Parlaments und Einsetzung eines Diktators — alles nach italienisch-spanischem Muster.

Gegenrevolution in Bulgarien. Nach Belgrader Meldungen, die allerdings mit Vorsicht aufzunehmen sind, da das gegenwärtige bulgarische Regime der Belgrader Politik sehr unangenehm ist, ist in Bulgarien eine von Bauern und Kommunisten ausgehende Gegenrevolution ausgebrochen. Die auch in einigen Städten Erfolge, freilich noch keine entscheidenden, gehabt zu haben scheint.

Das Militärregime in Spanien. In einem Dekret werden nach einer Madrider Meldung die Zivilgouverneure beseitigt und die Verwaltung der Provinzen auf die militärischen Gouverneure übertragen. Außer zur Bekämpfung des Separatismus bestimmten Verordnungen hat der König ferner eine Verordnung unterzeichnet, wonach Verletzung der Sicherheit und Einheit des Landes vor das Militärgericht kommen. Staatsbeamte, welche ihre Dienstpflicht nicht genau einhalten, werden verabschiedet. Das Kaiserthum wurde in ganz Spanien verboten.

Lloyd George bei Coolidge. Petit Journal meldet aus Washington über London, daß der Präsident Coolidge den Besuch des früheren englischen Ministerpräsidenten Lloyd George bei seiner Durchreise in Washington erwartet.

## Badische Uebersicht.

### Verbot der Versammlungen, Ansammlungen und Demonstrationen

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 4 der Verfassung des Deutschen Reiches hat das Staatsministerium unterm 19. September 1923 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung folgende Verordnung erlassen:

§ 1.  
In den Amtsbezirken Heidelberg, Mannheim, Schwetzingen, Weinheim, Durlach, Karlsruhe, Stillingen, Rastatt, Rast, Waldkirch, Emmendingen, Freiburg, Müllheim, Bruchsal, Schopfheim, Säckingen, Schönau, Waldbrunn, Stodach und Konstantz sind Versammlungen unter freiem Himmel, Ansammlungen, Aufzüge, Demonstrationen bis auf weiteres verboten. Öffentliche, d. h. jedermann zugängliche Versammlungen in geschlossenen Räumen bedürfen der Genehmigung des Ministeriums des Innern, die spätestens 3 mal 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung einzuholen ist.

§ 2.  
Zu widerstand gegen die Bestimmungen des § 1 sowie die Aufhebung zu Widerstand gegen diese werden mit Gefängnis nicht unter 14 Tagen, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, bestraft.

§ 3.  
Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

### Die Lage in Oberbaden.

Aus Oberbad erhielt wir gestern Abend von sehr gut unterrichteter Seite folgende Meldung:

Die Nachrichten über die Fortdauer der Schwierigkeiten in der Wasser- und Elektrizitätsversorgung in Lörrach treffen nicht zu; die Lieferung von Wasser und elektrischem Strom ist wieder voll im Gang. Auch die Gefahr von Störungen in der Lebensmittelversorgung ist behoben. Auf Veranlassung des Bezirksamts wurden die Lebensmittelgeschäfte wieder geöffnet, wie überhaupt das geschäftliche Leben der Stadt wieder völlig im Gang ist. Da und dort verbreitete Nachrichten von der Bildung eines kommunistischen Polizeidienstes und von Verhandlungen mit einem „Missionsauskunft“ treffen nicht zu. Die Polizei hat in der Stadt kaum mehr einzutreffen.

In Säckingen konnte die Gruppenpolizei gestern nachmittags bereits zurückgezogen werden. Es zeigt sich allgemein in den von den Streikunruhen betroffenen Orten, daß die Arbeit Schritt um Schritt wieder aufgenommen wird und der wirtschaftliche Verkehr sich mehr und mehr wieder ungehindert entwickelt.

Von amtlicher Seite wird uns heute vormittag mitgeteilt: Nachdem der gestrige Tag in Lörrach ruhig verlaufen ist und das geschäftliche Leben wieder in Gang gekommen war, ist es möglich geworden, die Freiburger Abteilung der Bereitschaftspolizei aus Lörrach zurückzuziehen.

§ 4.  
Oberbad, 20. Sept. Auch die Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag ist ruhig verlaufen. Die Verhinderung des einen bei der Demonstration Getöteten, die in Lörrach stattfand, ist ebenfalls ohne Zwischenfall verlaufen. Ein weiterer Verletzter ist inzwischen gestorben. Die Zahl der Toten erhöht sich dadurch auf drei.

### Das Mannheimer Schloß von den Franzosen besetzt

Mannheim, 20. Sept. Heute früh 5 Uhr haben die Franzosen das Mannheimer Schloß mit vier Kompanien besetzt. Das Schloß ist ringsum umstellt, zum Teil wurden Maschinengewehre eingesetzt. Jeder Verkehr von und nach dem Schloß ist gesperrt. Über die Absichten der neuen Ausdehnung des Besatzungsgebietes ist torerst noch nichts bekannt.

### Bauernverein und neue Steuern

Der badische Bauernverein teilt mit, er sehe auf dem Standpunkt, daß die neuen Steuern in ihrer Form noch und in ihrer Wirkung vielfach ungerichtet sind und einer baldigen Revision dringend bedürfen. Da nun sie aber einmal da sind und für die nächste Zeit durchzuführen werden, so sei es vor allem notwendig gewesen, ihnen ihre schlimmsten Härten und Schärpen zu nehmen. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend sei den Finanzbehörden eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet worden. In erster Linie wurde darauf hingewiesen, daß die Benachteiligung der Steuerpflichtigen bei den kommenden Zahlungsterminen unter allen Umständen eine bessere als bisher werden müsse. Ferner wurde die Notwendigkeit betont, den Landwirten Gelegenheit zu geben, ihre Steuern an ihrem Wohnort selbst bezahlen zu können, um die zeitraubenden Gänge zum Finanzamt zu vermeiden. Unter Hinweis auf die besonderen Verhältnisse der badischen Landwirtschaft wurde um eine weitgehende Berücksichtigung von Stundung und Steuernachlassgeuchen gebeten. Ferner wurde beantragt, im Falle nicht rechtzeitiger Zahlung

die Zuschläge dann nicht zu erheben, wenn der Steuerpflichtige bis zum Tage der Fälligkeit ohne sein eigenes Verschulden die fälligen Steuerbeträge nicht aufbringen konnte. Hinsichtlich der Landessteuer wurde beim Reichsfinanzminister ein Antrag auf Erhöhung der Freigrenze und um eine progressive Staffelung der Sätze für Betriebe, die nahe der Freigrenze liegen, gestellt. Endlich wurde beantragt, den Umrechnungssatz für die Betriebsabgabe, während der Schonwoche nicht zu ändern.

### Jubiläum der Schwarzwaldbahn

Triberg, 17. Sept. Das 50jährige Jubiläum der Schwarzwaldbahn wurde in dem Ernst der Zeit entsprechender einfacher und schlichter Weise am vergangenen Sonntag begangen. Am Samstagabend leitete die Feier in der Realschule ein Vortrag ein, den Realschuldirektor Dr. Kunzmann über die Schwarzwaldbahn und ihre Geschichte hielt. Der Redner kam auf die verschiedenen vorgelegenen Projekte, die in den 50 Jahren aufstanden, zu sprechen und legte dar, aus welchen Gründen die Wegkalkulation und die Ringlinie abgelehnt und dann doch die schwierigste Linie über Sommerau gebaut wurde. Er zergliederte besonders das Projekt Gersheim mit den großen Höhenstufen bei Niedermasser und Triberg-Gremelsbach, das seinerzeit große Bewunderung und Nachahmung gefunden hat. Der Redner wünschte, daß der Verkehr auf der Schwarzwaldbahn gehoben und später ihre Elektrifizierung durchgeführt werde. Am Sonntag vormittag versammelten sich der Gemeinderat Triberg, Vertreter der Behörden und Gemeinden an der Schwarzwaldbahn beim Gewitzgärtchen, wo in Gegenwart eines zahlreichen Publikums der Gemeinderat Laube in einer Ansprache des Erbauers der Schwarzwaldbahn Robert Gewitz gedachte und am Denkmal einen Kranz niederlegte. Am Nachmittag fanden Wettkämpfe und Spiele auf der Wäldlewiefe statt. Eine Beleuchtung der Triberger Wasserfälle beschloß die Feier. An die Bedürftigen der Gemeinde Triberg wurden aus Anlaß des Tages vom Gemeinderat 100 Millionen Mark verteilt.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

Der badische Landesmilchpreis. Wie uns das städtische Nachrichtenamt Mannheim mitteilt, beträgt der badische Landesmilchpreis (Erzeugergrundpreis) ab Montag 24. September 1923 für den Liter Vollmilch ab Stall 4 000 000 M.

Die Schlüsselzahl des badischen Einzelhandels vom 20. September beträgt 5 460 000 (Vortag: 4 500 000).

Landesverein Badische Heimat. Wegen der Unruhen in Lörrach muß die Jahresversammlung des Landesvereins Badische Heimat, die dort vom 22.—24. September stattfinden sollte, verschoben werden. Das Badische Heimat-Jahresfest „Das Markgräflerland“, das aus Anlaß der Versammlung für die Mitglieder ausgeschrieben wird, erhalten diese trotzdem jetzt zugestell. Dem Verein sind pünktliche und freigebige Zahlungen aller seiner Mitglieder dringende Lebensnotwendigkeit (Postfachkonto Karlsruhe 16 408).

Mr. 58 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen und Bekanntmachungen des Staatsministeriums: Ausnahmezustand; des Ministers des Innern: die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung; der Ministerpräsident; des Justizministers: über die Änderung der Rechtspolizeiordnung; die Porloauslagen der Anwaltskammer.

Mannheim, 18. Sept. Eine originelle Raggia fand hier statt. Auf der Friesenheimer Insel treibt sich, seit sie von den Franzosen in die Besetzungzone einbezogen ist, viel Gesindel herum. Obdachlose Rädchen hatten sich Höhlen gegraben und darin gehaust. Infolge der kühlen Nächte verfielen sie jetzt auf den Gedanken, einen leeren Güterwagen mit Besatzung zu besetzen. In der Nacht zum Montag wurde von der Kriminalpolizei eine Raggia auf der Insel heranzitelt. Die Polizeibeamten hörten nicht den friedlichen Schlämer der Anführer — es waren 15 Mädchen im Alter von 20—24 Jahren und 5 Frauenzimmer — sondern verschloffen den Wagen, spannten eine Lokomotive darauf und dampften zum Bahnhofsberg. Der Transport wurde zum Sammelbahnhof auf den Bahnhof befördert, wo der grüne Wagen zur Überführung der Fracht ins Untergangnis wartete.

Königsfeld (Amt Willingen), 18. Sept. Die Beheizung für den Winter wird für das hiesige Krankenhaus derartige Summen erfordern, daß die Gemeinde Königsfeld nicht in der Lage ist, sie aufzubringen. Falls nicht von irgend einer Seite dem Krankenhaus Unterstützung zuteil wird, muß mit der Schließung des Betriebes gerechnet werden.

Aberlingen, 17. Sept. Am vergangenen Donnerstag fand hier eine Weinversteigerung der hiesigen Spitalverwaltung statt, bei der 1922er Weißweine zur Versteigerung kamen. Als niederster Preis wurden pro Liter 2,7 Millionen Mark, als höchster Preis 4,5 Millionen Mark erzielt. Insgesamt erlöste die Spitalverwaltung über 10 Millionen Mark. Der Verkauf der Versteigerung war ein sehr ruhiger und es kam keinerlei Preistreiberi vor.

Stuttgart, 19. Sept. Die Polizei hat in dem Vorort Wotang eine Faschismuswerkstätte aufgehoben, in der die drei Brüder Gram und ihr Vater 20 Millionen- und fünfzigtausendmarktscheine herstellen. Für 16 Millionen 20-Marktscheine wurden vorgefunden. Die Täter sind verhaftet. Ein Teil der Faschistengelder ist in Frankfurt a. M. abgenommen worden, wobei einer der Brüder erwischt wurde.

Stuttgart, 19. Sept. An Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten kam es bei einer von der nationalsozialistischen Partei Birkelbergs gestern abgehaltenen Versammlung. Auf der Straße fanden Tumulte statt. Nach Schluß der Versammlung, die mit der Aufforderung schloß, das Volk möge zu den Waffen greifen, kam es auf der Straße zu tumultuarien Szenen, in deren Verlauf verschiedene Schüsse fielen.

Stuttgart, 17. Sept. Der seinerzeitige Besuch des Stütztrupps der Münchener Nationalsozialisten in Öppingen wird endlich auch seine gerichtliche Erledigung finden. Es sind etwa 100 Anklagen erhoben, davon etwa 80 gegen Nationalsozialisten, die Anfang Oktober vor dem Landgericht Ulm zur Aburteilung kommen.

Ludwigschafen a. Rh., 18. Sept. Der hiesige Grund- und Hausbesitzerverein glaubt seine Mitglieder darauf aufmerksam machen zu sollen, daß das Stillschweigen über die September seine Tätigkeit einstellt. Wer bis dahin seinen Ansprüchen keine Geltung zu verschaffen vermochte, hat später keine Aussichten mehr irgend etwas zu erreichen.

Darmstadt, 18. Sept. Ein Väterkreis ist hier ausgetreten. Wie aus Erklärungen der Väterinnung Darmstadt, Dieburg und Erbach hervorgeht, verweigern die Vätermeister die Herstellung von Marktbrot. Sie behaupten, der neu angelegte Vortpreis von 2 200 000 Mark für den großen Laib entspreche nicht den Herstellungskosten. Die vom Kommunalverband und der Preisprüfstelle angestellte Errechnung sei zu niedrig. Die Stadt Darmstadt hat mit dem Bezirkskonsumentenverein eine Vereinbarung getroffen, daß die Lieferung von Marktbrot sichergestellt wird.

## Aus der Landeshauptstadt.

### Die Finanzlage der Stadt.

Eine dieser Tage den Mitgliedern des Bürgerausschusses zur gegangene Vorlage beantragt zur Beilegung laufender Bedürfnisse, insbesondere der vorläufigen Deckung der Aufwendungen im Fürsorgewesen, für den Wohnungsbau, den Lohn- und Gehaltszulagen sowie für die Beschaffung von Rohstoffen die Ermächtigung, aus den vom Reich zur Behebung der Finanznot der Gemeinden zur Verfügung gestellten Mitteln kurzfristige, zum jeweiligen Reichsbankdiskontsatz verzinsliche Darlehen gegen tägliche Verzinsung bis zum Betrage von 800 Millionen Mark aufzunehmen. In der Begründung wird ausgeführt, daß die Stadt in den letzten Wochen nur mit den größten Anstrengungen ihre Zahlungsfähigkeit aufrecht erhalten konnte. Auf die dringende Vorstellung des deutschen Städteverbandes und Badischen Städteverbandes hat das Reichsfinanzministerium weitere erhebliche Mittel zur Behebung dieser Finanznot der Gemeinden zur Verfügung gestellt, aus denen die Stadt Karlsruhe außer dem bereits bewilligten Darlehen von 600 Millionen Mark noch weitere 181 Millionen Mark erhalten und diese Darlehen auf 800 Millionen Mark zu erhöhen beantragt hat. Daneben war man aber genötigt, gegen wesentlich höhere Verzinsung auch andere Darlehensquellen in Anspruch zu nehmen, wolle man nicht die Fürsorgerechtigten, Bauunternehmer, Geschäftsleute, Arbeiter und Beamte auf Auszahlung ihrer Ansprüche warten lassen. — Da nicht vorausgesehen ist, wie sich die Verhältnisse weiter entwickeln werden auch die erhöhten Überweisungen der Anteile von den Reichsteuern nicht rechtzeitig eingeht, empfiehlt es sich, dem Stadtrat die Ermächtigung zur Darlehensaufnahme bis zu der beantragten Höhe von 800 Millionen Mark zu erteilen.

Wilde Gerüchte. In Karlsruher Betrieben gehen Gerüchte um, daß es in Mannheim zu Zusammenstößen gekommen sei, bei denen es Tote und Verwundete gegeben habe. Diese Gerüchte beruhen auf einer vollkommenen Lüge, denn es trifft auch nicht ein Wort von diesem Gerüchte zu. Es besteht jedoch kaum ein Zweifel darüber, daß derartige erlogene Nachrichten und dreiste Erfindungen von gewisser Seite mit betrüblicher Absicht in die Bevölkerung getragen werden.

Die Ortsgruppe Karlsruhe des Zentralverbandes der Angestellten feierte am Samstagabend in Anwesenheit mehrerer Vertreter aus staatlichen, städtischen und wirtschaftlichen Kreisen sein 26. Stiftungsfest im neuen dicht besetzten Gewerkschaftshaus „Friedrichshof“ durch ein großes Konzert. Mitwirkende waren u. a. Opernsänger Krennig, der neben dem Preislied mehrere Lieder von Schubert, Schumann und Kusterer recht stimmungsvoll zum Vortrag brachte, dann Konzertmeister Böhl, der das umfangreiche Programm durch einige recht gehaltvolle Vortragsstücke bereicherte, und Spielleiter Herz, der durch verschiedene heitere Musiknummern erfreute. Neben diesen Mitgliedern des badischen Landesverbandes, zu denen sich noch Kapellmeister Hoffmann als Begleiter am Klavier stellte, trug auch das Hausorchester unter der Leitung von Kapellmeister Kremer wertvolle zum guten Gelingen des Abends ein, mit dem das neue eigene Heim gleichzeitig eingeweiht wurde.

Zur Zuckerpreisgestaltung wird uns geschrieben, daß die Zuckermischerei der Zucker nur noch zu einem Preis von ca. 20 Goldmark pro Zentner abgeben wollte, daß jedoch der Reichs-ernährungsminister für diese Woche noch einen Preis von 300 Millionen Mark pro Zentner Basis Melis Wagdeburg durchgesetzt hat. Unter Berücksichtigung der enorm gesteigerten Fracht- und Fabrikationszuschläge läme in der laufenden Woche das Pfund Zucker im Kleinhandel rechnungsmäßig auf 10 780 000 M., im Einzelhandelspreis mit allen in Betracht kommenden Faktoren haben aber Großhandel und Kleinhandel den Beschluß gefaßt, an dem für diese Woche festgesetzten Kleinhandelsverkaufspreise von 8,5 Millionen für Kristallzucker und 8,8 Millionen für alle übrigen Sorten (Würfeln usw.) nicht mehr zu ändern, obwohl dadurch erhebliche finanzielle Verluste entstehen. Nachdrücklich sei darauf hingewiesen, daß es im eigenen Interesse der Verbraucher liegt, die ihnen zustehende Zuckermenge bis spätestens Samstag abzuholen, da die Zuckerpreisfestsetzung nicht mehr wie früher für gewisse langfristige Zeitperioden, sondern stets für jede Woche neu erfolgt. Eine weitere Abkürzung dieser Frist dürfte wohl nur noch eine Frage der Zeit sein.

Eingehung von Freimarken. Mit Wirkung vom 20. September 1923 ab verlieren alle Freimarken im Einzelwert von weniger als 100 M. ihre Gültigkeit. Die Marken dieser Art werden bis Ende Oktober 1923 an den Schaltern bar oder gegen andere Freimarken eingetauscht, wenn von einer Sorte mindestens Marken im Gesamtwert von 1000 M. vorgelegt werden.

Landestheater. Wolf Baukner, dessen jüngstes Schauspiel „Die Reife gegen Gott“ am Samstag, den 22. September als Eröffnungsvorstellung der Festwoche des Landestheaters (Karlsruher Herbstwoche 1923) zur Aufführung kommt, hat sich bereits mit seinen früheren Bühnenwerken in die erste Reihe der jüngeren deutschen Dramatiker gestellt. Mit seinem Drama „Der Sturz des Apostels Paulus“ trat der Dichter i. Bt. auf der Bühne des „Jungen Deutschland“ zum erstenmal an die Öffentlichkeit. Diesem Erstlingswerk folgten die Schauspiel „Wahnschaffe“, „Christa, die Rante“ und die dramatische Szenenfolge „Schrei aus der Straße“, die sämtlich im Laufe der letzten Jahre auf einer Reihe der renommiertesten deutschen Bühnen mit wachsendem Erfolg aufgeführt wurden. In der „Reife gegen Gott“ handelt es sich um das Problem der Heimat. Auch aus dem trübhaften Gefühl der Heimatliebe spricht Gottes Stimme zum Menschen und in dem Maße, als er sie überhört oder gar zu ersticken trachtet, begehrt er Sünde wider das Heilige in sich, gerät in Gottesferne. Das Stück möchte in unserer wild verworrenen Zeit, da alles wankt und zu stürzen droht, da auch die Heimat für so viele ihre hindere Macht verliert und mit verführerischen Farben eine gleichende Ferne vom heimatischen Gottesboden hinweglockt, den Mutterruf zur Heimkehr im wörtlichen wie im tieferen, eigentlichen Sinne erklingen lassen.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

am 20. September vordröcklich

Tendenz: fest.

|            | 20. September | Wahl. Berliner Kurs v. 19. Sept. | Brief         |
|------------|---------------|----------------------------------|---------------|
| Amsterdam  | 82 000 000    | 71 451 000.—                     | 71 779 000.—  |
| Kopenhagen | 88 000 000    | 82 971 000.—                     | 83 089 500.—  |
| Italien    | 9 500 000     | 8 089 850.—                      | 8 080 150.—   |
| London     | —             | 822 930 750.—                    | 827 062 500.— |
| Neuhof     | 210 000 000   | 181 545 000.—                    | 182 455 000.— |
| Paris      | 12 200 000    | 10 573 500.—                     | 10 626 500.—  |
| Schweiz    | 87 000 000    | 81 920 000.—                     | 82 080 000.—  |
| Prag       | 6 800 000     | 5 446 350.—                      | 5 478 650.—   |

Die kleine Ziffer bedeutet die Zulassung in Prozent.

**Karlsruher Börse vom 19. September 1923.** Getreide und Mehl. Das Geschäft stieg vollkommen. Die unsichere Lage am Geldmarkt läßt Offerten nur bei dringendem Geldbedarf herauskommen, während Käufer bei den kurzen Zahlungsfristen nur das Unvermeidlichste eintreten wollen. Nominell können folgende Preise genannt werden: Weizen 760—800 Millionen, Roggen 650—625 Millionen, Gerste 650—675 Millionen, Hafer 600—650 Millionen, Weizenmehl Mühlensorte 1,6—1,7 Milliarden, Weizenmehl zweifelhändig 1,3—1,4 Milliarden, Roggenmehl zweifelhändig 900 000 000—1 Milliarde, Kleie 800—850 Millionen. Spezialfabrikate entsprechend mehr. Alles per 100 Kilogramm, Frachtparität Karlsruhe. Wein und Spirituosen. Infolge der großen Geldknappheit konnte von den vorliegenden Angeboten bei den hohen Preisen kein Gebrauch gemacht werden. Kolonialwaren: Tee gewöhnlich 7,20—7,60 Goldmark, Tee mittel 7,80—8,20 Goldmark, Tee gut 8,40—8,80 Goldmark, Tee fein 9,80—12,60 Goldmark, per Kilo bezahlt. Rohstoffe: Santos 8,85—4,00 Goldmark, Guatemala 4,50—4,90 Goldmark, per Kilo bezahlt. Heutiger Roll für ein Kilo Rohstoffe 28 840 000 Papiermark. Schweinefleisch 1,88 Goldmark per Kilo, Kalbfleisch 1,26 Goldmark per Kilo, Durma-Reis 0,42 Goldmark per Kilo, Graupen 0,40 Goldmark per Kilo, Erbsen 0,45 Goldmark per Kilo. Infolge der unklaren Devisenverhältnisse können Papiermarkpreise nicht angegeben werden.

**Ergebnis der Mannheimer Erfindermesse.** Die Unsicherheit der wirtschaftlichen und politischen Lage blieb nicht ohne starke Einwirkung auf den Verlauf und das Ergebnis der 4. Deutschen Erfindungen-, Neuheiten- und Industriemesse im Mannheimer Rosengarten, die am Donnerstag mit einem gut besuchten Volksfest ihren Abschluß fand. Trotz der sehr niedrigen Eintrittspreise blieben die Besucherzahlen weit hinter den früheren zurück; dennoch waren die Erfinder wie die Industrieaussteller im allgemeinen mit den Geschäftsabläufen zufrieden, die für viele bedeutend besser waren als bei der von ihnen kurz zuvor besuchten Leipziger Messe. Dieser unerschütterliche Rückblick wird kein Grund sein, die kommende Frühjahrsmesse 1924 mit gewohnter Energie und festem Vertrauen auf eine bessere Zukunft vorzubereiten.

**Verschiedenes.**

**Eine Razzia nach Devisenhändlern**

fand auf Veranlassung des Reichsbevisenkommissars am Dienstag in Berlin in einer Anzahl von Lokalen im Zentrum statt, wo bekannterweise ein schwunghafter Handel mit Devisen stattfindet. Gegen 6 Uhr nachmittags wurden sämtliche Lokale gleichzeitig umstellt, während Kriminalpolizei einbrang und die überraschten Gäste in voller Handelstätigkeit antraf. An den Tischen sah eine Anzahl von Deutschen mit einigen Ausländern zusammen und handelte diesen die Noten ab. Dieser Handel ging unter dem Tisch vor sich. Als die Polizei im Lokal erschien, wurden die bereits gekauften Banknoten den Ausländern wieder zugeworfen, die verschiedenen Parteien setzten sich an andere Tische und spielten die Harmlosen. Da aber die Kriminalpolizei durchweg die besseren Augen hatte, nutzte ihnen dieses Gebaren nichts. Sie wurden gnadenlos erfaßt und um die teuer erhaselten Banknoten erleichtert. Der Devisenkommissar Sellinger war selbst bei der Razzia zugegen. Die Unternehmung zeitigte ein recht erfreuliches Ergebnis. Es wurden außer Dollars, Devisen und Geldsorten fast aller europäischen Staaten, englische Pfunde, holländische Gulden, tschechische, österreichische, dänische, schwedische und ungarische Kronen, Schweizer und französische Franken, polnische Mark, estländische Dinare, Sowjet- und sogar ein Brangel-Rubel beschlagnahmt. Als Hauptbeträge sind zu nennen: 8120 Dollars, 86 englische Pfunde, 873 holländische Gulden, 1402 tschechische Kronen, 476 schweizerische Franken.

**Herr von Röhne jun. vor Gericht.**

Vor dem Schöffengericht in Merden bei Berlin wurde gegen den Sohn des Rittergutsbesitzers von Röhne auf Behow bei Potsdam verhandelt. Der junge Röhne war angeklagt, einen beim Golddiebstahl von ihm betroffenen Mann schwer mißhandelt und dessen Frau mit Erschießen bedroht zu haben. Röhne wurde wegen Körperverletzung, Mißhandlung und verbotenen Waffentragens zu 9 Monaten Gefängnis und 600 000 M. Geldstrafe verurteilt.

**Ägyptische Plagen.**

Nach einer Meldung der „New York Tribune“ wird aus Kobe (Japan) gemeldet, daß während eines Taifuns, der die Stadt Kitori in Japan betroffen hat, mehr als 3000 Personen ertrunken und Tausende von Einwohnern obdachlos geworden sind. Der Schaden werde auf etwa 10 Millionen Dollar geschätzt. Die Flüsse Kuroki, Seki und Talam sind über die Ufer getreten, und mehrere Dörfer sind durch die Überschwemmung zerstört worden.

Im Süden Rußlands ist, infolge eines Antizyklons eine außergewöhnliche Hitze eingetreten. In Kiew, Odessa und anderen ukrainischen Städten stieg die Hitze bis über 45 Grad Reaumur. In Daghestan sind die Flüsse Terel, Sulak und Samur aus ihren Ufern getreten, die Überschwemmung erstreckt sich über viele Tausend Hektar Ackerland.

**Feuerkatastrophe in Kalifornien.**

In Berkeley (Kalifornien) zerstörte ein Riesenbrand Hunderte von Häusern, 2 Personen sind verletzt, 26 werden vermisst. Die Universität konnte gerettet werden.

**Badisches Landestheater.**

Donnerstag, 20. Sept. 7—n. 9<sup>1/2</sup> Uhr. Sp. I 3.50 M. Abonn. D 2. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4001—4400.

**Strindberg-Abend**

Wetterleuchten. Hierauf: Erste Warnung.

**Das amerikanische Konsulat zu Stuttgart**

sucht zur Aushilfe für die Dauer von etwa 3 Monaten

**zwei gewandte Herren**

welche die englische Sprache beherrschen und die Schreibmaschine bedienen können. Es kommen aber nur durchaus perfekte Maschinenschreiber in Frage. B.788.3.1

In der Bezirksratsitzung vom 24. Januar 1922 wurden gemäß §§ 8 und 5 des Ortsstatutengesetzes die Straßen- und Bauflächen in der Bannwaldballe nach Maßgabe des Antrages des Stadtrats vom 26. August 1921 und dem vorgelegten Plan festgesetzt. Karlsruhe, den 18. September 1923. L.848 O.3.108 Bezirksamt.

**Staatsanzeiger.**

**Bekanntmachung.**

Auf Antrag der Technischen Aufsichtskommission für die Untersuchungs- und Prüfstelle des Deutschen Agethlervereins und unter den von ihr mitgeteilten Bedingungen werden die Agethlerapparate „Real“ der Firma Arthur Schöler, Apparatebauanstalt, Autogen- und Elektro-Schweißwerk in Mittelstraße i. Sa. in den Größen IV unter der Typennummer A 49 gemäß § 14 der Agethlerverordnung vom 23. Oktober 1914 in jederzeit widerruflicher Weise für Baden zugelassen. Karlsruhe, den 15. September 1923. Der Badische Arbeitsminister. J. W. Imhoff. Spiegel.

**Bekanntmachung.**

Auf Antrag der Technischen Aufsichtskommission für die Untersuchungs- und Prüfstelle des Deutschen Agethlervereins und unter den von ihr mitgeteilten Bedingungen werden die Agethlerapparate „Piti“ der Firma Carl Elmann, Apparatefabrik in Augsburg, Branderstraße 18, in den Größen I und 2 unter der Typennummer J 89 gemäß § 12 und in den Größen 2, 4 und 10 unter der Typennummer A 76 gemäß § 14 der Agethlerverordnung vom 23. Oktober 1914 in jederzeit widerruflicher Weise für Baden zugelassen. Karlsruhe, den 15. September 1923. Der Badische Arbeitsminister. J. W. Imhoff. Spiegel.

Auf Grund der Verordnung des Arbeitsministeriums vom 12. Juli 1922, die Ersparnisse der Gemeinden und Grundeigentümer für die Arbeiten der Vermessungsämter betr. (G.B. Bl. S. 486) werden die Gebührensätze für die erlassenen Arbeiten der Vermessungsämter mit Wirkung vom 1. September d. J. wie folgt festgesetzt:

Für jede Stunde Zeitaufwand bei Zimmerarbeiten am Diensttag 2 500 000 M. im übrigen 3 000 000 M.  
Für jede Stunde Zeitaufwand bei Zimmerarbeiten am Diensttag 8 000 000 M. im übrigen 8 500 000 M.  
Karlsruhe, den 12. September 1923. Bad. Wasser- und Straßenbauverwaltung.

Auf Grund der §§ 936 und 936a R.V.D. sowie des Reichsgesetzes vom 26. Januar 1923 (R.G. Bl. S. 67) wird der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter für den Bezirk des Oberverwaltungsamts Mannheim mit Wirkung vom 17. September 1923 bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

| Bezirk des Verwaltungsamts oder der Gemeinde  | Durchschnittlicher Jahresarbeitsverdienst für Versicherte im Alter von: |        |              |        |                 |        |        |        |
|---|---|--------|--------------|--------|-----------------|--------|--------|--------|
|   | über 21 Jahren  |        | 16—21 Jahren |        | unter 16 Jahren |        |        |        |
|   | männl.  | weibl. | männl.       | weibl. | männl.          | weibl. | männl. | weibl. |
| auf zehntausendmal  |   |        |              |        |                 |        |        |        |
| 1. Adelsheim Vogberg  | 10800   | 7200   | 9000         | 6300   | 5400            | 3600   | 2700   | 1800   |
| 2. Mosbach Buchen Tauberbischofsberg Wertheim   | 14400   | 9000   | 9000         | 7200   | 5400            | 3600   | 3600   | 3600   |
| 3. Eppingen Sinsheim Weinheim   | 17000   | 13000  | 13500        | 10000  | 9000            | 7000   | 6000   | 5400   |
| 4. Eberbach   | 21600   | 14400  | 16200        | 11700  | 10800           | 7200   | 6000   | 5400   |
| 5. Heidelberg:  |   |        |              |        |                 |        |        |        |
| a) für die forstwirtschaftl. Arbeiter des Staats- und städt. Forstamts Heidelberg       | 64800   | 48600  | 54000        | 37800  | 37800           | 32400  | 21600  | 21600  |
| b) für die übrigen land- u. forstwirtschaftl. Arbeiter                                  | 21600   | 16200  | 18000        | 12600  | 12600           | 10800  | 8100   | 8100   |
| 6. Mannheim   | 21600   | 16200  | 18000        | 12600  | 12600           | 10800  | 8100   | 8100   |
| 7. Schwetzingen:  |   |        |              |        |                 |        |        |        |
| a) für die forstwirtschaftl. Arbeiter des Forstamts Schwetzingen                        | 48600   | 32400  | 42100        | 29000  | 29000           | 27200  | 19400  | 16200  |
| b) für die in d. Landwirtschaft und in den übrigen Berufsberufen beschäftigten Arbeiter | 16200   | 10800  | 14000        | 9700   | 9700            | 9100   | 6500   | 5400   |
| 8. Wiesloch:  |   |        |              |        |                 |        |        |        |
| a) Wiesloch-Stadt und Balldorf  | 18000   | 12600  | 16200        | 10000  | 9000            | 8100   | 6400   | 6000   |
| b) übr. Gemeinden   | 16200   | 12600  | 13500        | 9000   | 9000            | 7000   | 6400   | 5400   |

Mannheim, den 14. September 1923. Bad. Oberverwaltungsamt.

Die Ortsliste in dem Bezirke des Oberverwaltungsamts Mannheim werden gemäß §§ 149, 151 R.V.D. in der Fassung des Reichsgesetzes vom 26. Januar 1923 — R.G. Bl. S. 67 — mit Wirkung vom 17. Sept. 1923 bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

| Bezirk des Verwaltungsamts oder der Gemeinde  | Ortsliste gewöhnlicher Tagelöhner im Alter von |        |                  |        |                 |        |        |        |
|---|--|--------|------------------|--------|-----------------|--------|--------|--------|
|   | über 21 Jahren                                 |        | 16 bis 21 Jahren |        | unter 16 Jahren |        |        |        |
|   | männl.   | weibl. | männl.           | weibl. | männl.          | weibl. | männl. | weibl. |
| auf zehntausendmal                            |  |        |                  |        |                 |        |        |        |
| 1. Adelsheim Vogberg                          | 42   | 33     | 36               | 30     | 24              | 19     | 12     | 8      |
| 2. Mosbach Buchen Tauberbischofsberg Wertheim | 49   | 38     | 40               | 33     | 30              | 24     | 16     | 10     |
| 3. Eppingen Sinsheim                          | 60   | 48     | 51               | 42     | 33              | 27     | 18     | 15     |
| 4. Heidelberg Schwetzingen Weinheim           | 126  | 81     | 84               | 63     | 48              | 36     | 24     | 21     |
| 5. Eberbach                                   | 72   | 54     | 63               | 45     | 36              | 27     | 18     | 15     |
| 6. Mannheim:                                  |  |        |                  |        |                 |        |        |        |
| a) Mannh.-Stadt m. Vororten                   | 162  | 120    | 144              | 108    | 60              | 42     | 30     | 24     |
| b) übr. Gem.                                  | 108  | 72     | 75               | 60     | 42              | 30     | 21     | 18     |
| 7. Wiesloch:                                  |  |        |                  |        |                 |        |        |        |
| a) Wiesloch-Stadt u. Balldorf                 | 69   | 48     | 51               | 42     | 33              | 27     | 21     | 18     |
| b) übr. Gem.                                  | 60   | 42     | 45               | 36     | 30              | 24     | 18     | 15     |

Mannheim, den 14. September 1923. Bad. Oberverwaltungsamt.

**Personeller Teil.**

**Ernennungen, Versetzungen, Zurufeetzungen usw. der planmäßigen Beamten.**

**Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.**

**Ernannt:**

Oberrevisor Konrad Breithaupt in Lohren zum Revisionsinspektor.

**Verfetzt:**

Amtmann Ludwig Werber in Karlsruhe zum Bezirksamt Ettlingen, Polizeinspektor Johannes Stoll in Karlsruhe zum Bezirksamt — Polizeidirektion — Heidelberg.

**Entlassen auf Ansuchen:**

Amtsgehilfe Ludwig Centner beim Bezirksamt Weinheim.

**Justizministerium.**

**Verfetzt:**

Die Aufseher Karl Regerle beim Kreis- und Amtsgefängnis Offenburg zum Justizhaus Bruchsal und Jakob Gansert beim Amtsgefängnis I Karlsruhe zum Kreis- und Amtsgefängnis Offenburg.

**Zurufesetzt auf Ansuchen:**

Gerichtsoberverwalter Fridolin Landmann beim Amtsgericht Lahr.

**Entlassen auf Ansuchen:**

Stanzleassistentin Elsa Feigmann geb. Haag bei der Staatsanwaltschaft Mosbach.

**Ministerium des Kultus und Unterrichts.**

**Zurufesetzt auf Ansuchen:**

Oberreallehrer August Bergmann an der Realschule Mühlheim, Zeicheninspektor Hermann Köster an der Oberrealschule Offenburg, Oberreallehrer Karl Rießer an der Oberrealschule Forstheim, Zeicheninspektor Wilhelm Schulmader an Realschule II (Goetheschule) in Karlsruhe, Stadtschulrat Engelbert Ehrlich an der Volksschule Baden-Baden, Hauptlehrer Georg Christmann in Sinsheim, Hauptlehrer Ludwig Dummel in Burg, Hauptlehrer Franz Götstein in Schutterbad, Hauptlehrer Heinrich Geier in Eßlertshausen, Hauptlehrer Heinrich Grünwald in Heidelberg-Strödelheim, Hauptlehrerin Emma Gerich in Karlsruhe, Hauptlehrer Josef Koch in Mannheim, Hauptlehrer Karl Lohrer in Eßlertshausen, Hauptlehrer Friedrich Mayer in Unterlaudenring, Hauptlehrerin Ida Santos in Sinsheim, Hauptlehrer Jakob Schell in Grünern, Hauptlehrer Hermann Schell in Heidelberg, Hauptlehrer Georg Sturm in Karlsruhe, Oberlehrer Franz Widenhäuser in Ruppertsheim, Oberlehrer Alexander Wittmann in Mühl, Oberlehrer Hermann Wittmann in Eßlertshausen, Hauptlehrer August Würth in Heidesheim.

**Maul- und Klauenfische betr.**

Infolge Erlassens der Maul- und Klauenfische in den Stallungen des Stiefriedrich Kästner, hier, Kugelmühlstraße, und der Firma Stinner in Karlsruhe-Grünwinkel (Gutshof) werden die unterm 25. Juli und 21. August 1923 angeordneten Sperren und sonstigen Maßnahmen wieder aufgehoben. Karlsruhe, den 18. September 1923. L.849 Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion B. O.3.105

**Die Festsetzung der Ortsliste nach der Reichsversicherungsgesetz betr.**

Mit Entschließung des Bad. Oberverwaltungsamts Karlsruhe vom 28. August 1923 Nr. 1055 wird der gemäß §§ 149 ff. R.V.D. für den Bezirk des Verwaltungsamts Karlsruhe mit Wirkung vom 1. September 1923 um 800 Prozent erhöht, somit wie folgt neu festgesetzt:

- In der Stadt Karlsruhe:
  - für Männer:
    - über 21 Jahre 918 000 M.
    - von 16 bis 21 Jahren 702 000 M.
    - unter 16 Jahren 486 000 M.
  - für Frauen:
    - über 21 Jahre 648 000 M.
    - von 16 bis 21 Jahren 540 000 M.
    - unter 16 Jahren 324 000 M.

**2. In den übrigen Gemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe:**

- für Männer:
  - über 21 Jahre 766 000 M.
  - von 16 bis 21 Jahren 594 000 M.
  - unter 16 Jahren 378 000 M.
- für Frauen:
  - über 21 Jahre 540 000 M.
  - von 16 bis 21 Jahren 432 000 M.
  - unter 16 Jahren 270 000 M.

Karlsruhe, den 11. September 1923. L.847 Badisches Bezirksamt. — Versicherungsamt. O.3.102

**Bekanntmachung.**

Gemäß § 22 Abs. 2 des Enteignungsgesetzes bringen wir zur öffentlichen Kenntnis, daß das badische Staatsministerium unterm 28. August 1923 Nr. 12642 beschlossen hat, die Eigentümer des Grundstücks Lfd. Nr. 1216 der Gemarkung Kastatt — Erbgemeinschaft Geschwister Feld in Kastatt — für verbindlich zu erklären, das Eigentum an dem im Wechsbrief über die Veränderung des fraglichen Grundstücks mit 1216/2 bezeichneten, 68 am großen Teilgrundstück gegen Entschädigung an die Stadtgemeinde Kastatt zum Zweck der Verbreiterung der Hauptverkehrsstraße abzutreten. Kastatt, den 17. September 1923. L.850 Badisches Bezirksamt.

**Metallbetten**

Stahlmatt., Kinderbett, Brett an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Süß (Zür.)

Die Stadtgemeinde Neustadt im Schwarzwald sucht für die Stadtkasse zum sofortigen Eintritt zunächst ausbittungsweise einen

**Buchhalter.**

Bezahlung erfolgt nach Gruppe 6 der Besoldungsordnung. Neße Anstellung und Vorzügen in Gruppe 7 kann in Aussicht gestellt werden. Bewerbungen sind alsbald unter Anschlag von Zeugnissen und Angabe der Ausbildung und bisherigen Beschäftigung beim Bürgermeisterrat Neustadt einzureichen. Der Gemeinderat. Pfister.